der springende punkt

nr. 17
Nov 78



studentenzeitung der
medizinischen hochschule Lübeck

Inhalt:



dennoch:

Impressum:

ASTA der
Medizinischen Hochschule Lübeck
Ratzeburger Allee 160
2400 Lübeck

Druck: AStA der Fachhochschule Lübeck

Präsidium verliert vor dem Verwaltungsgericht Schleswig

Ordnungsmaßnahme gegen den ehemaligen AStA-Vors. Sebastian Stierl aufgehoben!

Der erste Versuch, das Ordnungsrecht an der MHL in die Praxis umzusetzen, ist in die Hose gegangen: wider Erwarten hat Sebastian mit seiner Privatklage gegen den vom Ordnungsausschuß ausgesprochenen Verweis vor dem Verwaltungsgericht Recht bekommen. Nachdem Kanzler v.Detmering einen vom Richter angebotenen Vergleich abgelehnt hatte, bekam das Präsidium neben der Aufhebung des Verweises auch noch die Kosten des Verfahrens aufgebrummt.

Der politische Hintergrund

Zwei Dinge sind es, die die Freude über das Ereignis trüben:

1.) nicht die feinen Herren im Präsidium sind es, die für den fehlgeschlagenen Einsatz der Repressionsmaschinerie zahlen müssen, sondern der Steuerzahler.

2.) Obwohl das schriftliche Urteil noch nicht vorliegt, geht aus der mündlichen Begründung des Gerichts hervor, daß man die Aufrechterhaltung des Verweises für " zur Zeit nicht mehr notwendig " hält. Dies heißt im Klartext, daß das Ordnungsverfahren seinen Zweck erfüllt hat :"Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan - der Mohr kann gehen."

Ziel der Ordnungsmaßnahme gegen Sebastian war immer, durch eine exemplarische Maßnahme an einem Einzelnen ("Rädelsführerprinzip) eine einschüchternde Wirkung auf die "Masse" auszuüben.

Was war der Anlaß?

Das kurze Aufflackern des studentischen Widerstands im 1-wöchigen PJ-Streik ander MHL im SS 77 mußte im Keim erstickt werden. Eine so offene und umfassende Leistungsverweigerung hatte es in Lübeck noch nicht gegeben. Mangels konkret greifbarer Zwischenfälle mußte ein absolut lächerliches Geplänkel mit Prof. Henßge als Aufhänger herhalten. Bei der umgehenden Einleitung des OV blieb erst einmal offen, wie weit das Präsidium die Repressionskarte ausreizen würde, immerhin reicht die Palette der Möglichkeiten im HSG bis zur 2-jährigen Relegation von allen Hochschulen des Landes!

Starker Gegenwind

Kurzfristig löste die Einleitung des OV allerdings das Gegenteil aus: mit beeindruckender Solidarität stellte sich die Studentenschaft hinter ihren Sprecher: über 1000 Protestunterschriften, 63 Selbstanzeigen, Info-Stand, Flugblätter und Demo in der Stadt, Berichte in Presse und Rundfunk,Solidaritätsadressen von ASten und Fachschaften, ÖTV, DGB, SPD, Jusos und Personalrat waren für das Präsidium sicher nicht so leicht zu schlucken. Doch den Herren ging es um mehr: der Zusammenschluß der Medizinstudenten in der BRD hinter einheitliche Forderungen mußte zerschlagen werden. Dafür nahm man auch kurzfristigen Ärger in Kauf.Der Erfolg soll langfristig erreicht werden. Das Ordnungsrecht im Nacken mit der Angst um Studienplatz und Berufsaussichten soll dem Studenten schon beim bloßen Gedanken an Aktionen kalte Schauer über den Rücken jagen.



Ein erfolgreicher Schlag gegen die Studenten?

Wir würden uns etwas vormachen, wenn wir nicht zugeben würden, daß viele von uns nach der direkten Konfrontation mit dem Ordnungsrecht diese Wirkung zeigen. Die studentische Kampfform des Streiks haben viele in ihren Köpfen auf Eis gelegt. Hinzu kommt die von reaktionären Professoren fleißig geförderte Spaltung der Studentenschaft (z.B. die Professorenunterstützung für die "Alternative"= Gust gegen den HRG/PJ-Streik am 28.11.77). Aus diesen Gründen muß man sich fragen, ob der juristische Erfolg mit der Aufhebung der Ordnungsmaßnahme nicht einer politischen Niederlage gleichkommt: die

Lage ist dermaßen abgekühlt, daß sich die bürgerliche Gerichtsbarkeit eine Aufhebung der Ordnungsmaßnahme leisten kann. Die Frage läßt sich nicht theoretisch beantworten. Entscheidend wird sein, wie sich die Studentenschaft der MHL in künftigen Auseinandersetzungen verhalten wird - ob sie aus den Erfahrungen ihrer Kämpfe gelernt hat und dadurch stärker geworden ist, oder ob Rückzug und Resignation die Aufgaben der Zukunft nur schwieriger machen.
Zum juristischen Vorgang bliebe noch zu sagen, daß damit zu rechnen ist, daß das Präsidium gegen das Urteil Berufung einlegen wird.

> Frage an den Radikalen im Öffentlichen Dienst a.D.Filbinger : Wieviele Todesurteile muß einer fällen , um sich an einzelne Verurteilungen nicht mehr zu erinnern?



TIP!!

hinterhofkino

FILMINITIATIVE LÜBECK

IN DER "alternative", HÜXSTR. 69

EINTRITT 3 DM	LÜBECK	SCHWARTAU
		Gymnasium Mühlenberg Ludwig-Jahn-Str
Reihe Psychiatrie im Film	Fr 24.11.	Do 23.11.
Der Weg des Hans Monn	17.30u. 20Uhr	20 Uhr 

Bundesrepublik Deutschland / Berlin 1972
Regie: Andreas Kettelhack

Teil 1: Wie man in die Nervenklinik kommt

Teil 2: Wie man in der Nervenklinik behandelt wird
Laufzeit: 90 Minuten,

Auf zur bundesweiten Aktionswoche !

Gegen HRG u. LHG !

Am Dienstag , dem 14.11.78 schloß sich die Studentenschaft der Medizinischen Hochschule Lübeck mit überwältigender Mehrheit dem Aufruf von über 70 ASTEN und der Empfehlung der Landes-Asten-Konferenz an , vom 27.11. - 1.12.78 eine Aktionswoche gegen das HRG (Hochschulrahmen-Gesetz) und das LHG (Landeshochschul-Gesetz) durchzuführen.

Folgende Resolution wurde von der Studentenschaft der MHL verabschiedet :

1. Die Studentenschaft der MHL unterstützt die BUNDESWEITE AKTIONSWOCHE vom 27.11.- 1.12.78 und wird sich selbst aktiv an dieser Aktionswoche beteiligen.
2. Die Studentenschaft der MHL wird versuchen,die Aktionswoche zusammen mit den Studentenschaften der Fachhochschule und der Musikhochschule Lübeck durchzuführen und inhaltlich zu füllen.
3. Der AStA der Mhl wird beauftragt , Arbeitsgruppen zu den Aktionen aufzubauen , an denen alle interessierten Studenten teilnehmen sollten.

DIE STUDENTENSCHAFT DER MHL FORDERT :

--- ERSATZLOSE STREICHUNG DES ORDNUNGSRECHTS!

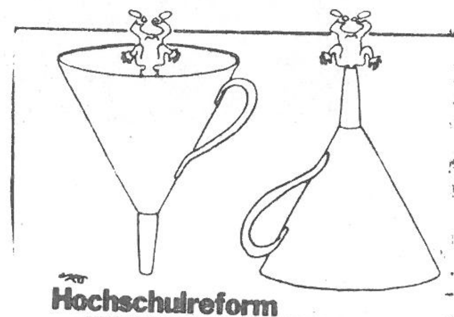
-- KEINE REGELSTUDIENZEIT MIT ZWANGSEXMATRIKULATION !

--- DRIETTELPARITÄT IN DEN GREMIEN !

- RECHTE DER VERFASSTEN STUDENTENSCHAFT AUF WAHRNEHMUNG DES POLITISCHEN MANDATS !

-- FINANZ - UND SATZUNGSAUTONOMIE !!

Mit der Novellierung des Landeshochschulgesetzes , die bis zum 30.Januar 1979 verabschiedet sein muß , drohen den Studenten in Schleswig-Holstein und in der ganzen Bundesrepublik die Regelstudienzeit mit Zwangsexmatrikulation , ein um vieles verschärftes Ordnungsrecht , die Kontrolle durch einen Kassenrat ,das Verbot der Urabstimmung .



WIR, DIE STUDENTEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN, KÖNNEN UND DÜRFEN DER VERABSCHIEDUNG DES LHG's NICHT SCHWEIGEND ZUSEHEN, DESHALB WENDEN WIR UNS MIT DER AKTIONSWOCHE AN DIE ÖFFENTLICHKEIT ,UM ERNEUT UNSEREN PROTEST GEGEN DAS REPRESSIVE HRG / LHG VORZUBRINGEN UND UNSERE BERECHTIGTEN FORDERUNGEN DER BEVÖLKERUNG UND DEN POLITIKERN KLAR ZU MACHEN!

Die Aktionswoche führen wir durch, weil auch das Jahr 1978 von anhaltenden Versuchen aller Bundestagsparteien, das repressive Hochschulrahmengesetz in Form des Landeshochschulgesetzes gegen die Interessen der Mehrheit der Hochschulangehörigen durchzusetzen, gekennzeichnet ist.
Durch den Streik im Wintersemester 77/78 und viele Aktionen im Sommersemester 78 ist der Protest nicht nur bei den Studenten, sondern auch unter den Hochschullehrern gewachsen , wie es die "Offenen Briefe", die von 1200 Wissenschaftlern in Niedersachsen , von über 1500 in Nord-Rhein-Westfalen und von allein 300 an der Universität MAINZ an die Landesregierungen geschickt wurden , zeigen.

Aber der Protest bleibt nicht nur auf die Hochschule beschränkt , nein , im Gegenteil:andere fortschrittliche Kräfte in der Gesellschaft wie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) u.a. unterstützen den Protest der Studenten und haben sogar eigene Stellungnahmen zum HRG erarbeitet.



LEDIGLICH DREI VON DEN ÜBER 50 FORDERUNGEN DES DGB ZUR NOVELLIERUNG DES LHG SIND ÜBERNOMMEN WORDEN!
BEI DER ANHÖRUNG DER STUDENTISCHEN FORDERUNGEN VOR DEM VOLKSBILDUNGSAUSSCHUSS IN KIEL WURDE DEN STUDENTENVERTRETERN NUR EIN MÜDES LÄCHELN GESCHENKT!!!

Für die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat.



Um hier auch diejenigen zu Wort kommen zu lassen , die sich so tatkräftig für die Sache der Studenten einsetzen , erteilen wir hiermit Heinz-Oskar Vetter als Vorsitzendem des DGB das Wort:

aus dvz - Sonderdruck

„Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen?"

... Zum zweiten meine ich, daß es nichts schaden kann, wenn bei der Jubiläumsfeier einer ehrwürdigen Universität auch die Stimme eines Arbeitnehmervertreters zu Wort kommt — und zwar gerade, weil in dieser Universitätsgeschichte die Probleme der arbeitenden Bevölkerung kaum berücksichtigt und eher die geistigen Waffen gegen die Arbeiterbewegung geschmiedet wurden. Damit ist nichts gegen die geschichtliche Leistung der deutschen Universität gesagt. Keiner wird ihr absprechen, bewundernswerte wissenschaftliche Erfolge erzielt zu haben. Es ist nur die Frage gestellt, für wen diese Leistungen erbracht werden, wer den Nutzen, wer die Folgen zu tragen hatte. Aber die Geschichte geht ja weiter: Diese Institution Universität braucht ja nicht auf ewig vorrangig den Interessen von Wirtschaft und politischem Konservatismus verpflichtet sein! Wissenschaft als produktive Kraft kann ja auch zur demokratischen Veränderung der Gesellschaft, zur bewußten Förderung des sozialen Fortschritts genutzt werden! Wissenschaftsfreiheit braucht nicht die Freiheit weniger Privilegierter bleiben! Und sie darf es nicht! Die Arbeitnehmer, auf deren Arbeit der Reichtum dieser Gesellschaft beruht und die damit auch die Hochschuletats mitfinanzieren, haben ein Recht darauf, daß ihre Probleme, ihre Interessen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten Eingang in Forschung, Ausbildung und Weiterbildung finden. Dieser Anspruch muß Geschichte machen, d. h., er muß in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen unserer Tage durchgesetzt werden, und deshalb wird er hier angemeldet.

Es gibt heute ein sich vergrößerndes Potential von Wissenschaftlern und Studenten, die in sozialer Verpflichtung einen Beitrag für eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft leisten wollen und dabei zunehmend die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften suchen. Hier geht es mir um Ermutigung, denn ich bin mir wohl bewußt, welch schweren Stand die Hochschullehrer, Assistenten und Studenten haben, die sich der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung verbunden fühlen und sich gegen den Strom antigewerkschaftlichen und konservativen Einflusses stemmen müssen. Nur: Ermutigung reicht nicht aus. Von gleicher Bedeutung ist es, auf die Schwierigkeiten dieser Annäherung, dieses langsam beginnenden Dialogs zwischen Hochschule und Gewerkschaften einzugehen.

Unser Interesse beruht zunächst auf folgenden einfachen Überlegungen: Ausbildung und Forschung als die zentralen Aufgaben der Hochschule sind für die Gesellschaft und damit für die die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bestimmenden Gruppen in verschiedener Hinsicht von Bedeutung. Als Qualifikationsprozeß zur Steigerung des Arbeitsvermögens, als angewandte Technologie zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und als Ideologieproduktion Mittel zur Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse. Alle drei Momente betreffen unmittelbar Funktionsbereiche der Gewerkschaften als Interessenorganisation der Arbeitnehmer.

Ist die Hochschule ihrer Aufgabe, Stätte der beruflichen Ausbildung für über 20 Prozent eines Jahrganges zu sein gewachsen? Ist angesichts der erfolgten Öffnung der Hochschulen für eine ausreichende soziale Sicherung der Studenten aus den unteren sozialen Schichten gesorgt, damit formelle Chancengleichheit auch eine materielle Grundlage hat? Ist mit der quantitativen Öffnung eine inhaltlich-soziale Öffnung einhergegangen? Werden praxisbezogene Sachkenntnisse und umfassende gesellschaftliche Kritikfähigkeit vermittelt.

Und nun zur Gestaltung der Aktionswoche:

- Informationsstand auf der Breiten Straße mit Verteilung von Flugblättern, Verkauf von Tee mit Rum, Rollenspiele der Theatergruppe, Musikvorführung.
- Pressearbeit
- Informations- und Ausspracheveranst[illegible] zur theoretischen Aufarbeitung de[illegible] Problematik
- Podiumsdiskussion mit Politiker[illegible] schiedener Parteien
- Und als Abschluß eine große Fete [illegible] Lübecker Hochschulen im Dorfkrug



Das LHG richtet sich gegen Dich!
DU mußt kommen und bei den Aktionstagen DEINEN PROTEST zum Ausdruck bringen!

Hackethal kontra (?) Schulmedizin

Die Wellen um ihn schlagen wieder hoch seit seinen spektakulären Fernsehauftritten, Bücherveröffentlichungen und dem „Spiegel"-Interview. Nicht von ungefähr mutmaßen viele, daß er sich verkaufen will, solange dazu Gelegenheit ist.
Doch das trifft bei weitem nicht den Kern des Problems. Seit seiner ersten Veröffentlichung „Auf Messers Schneide" sieht sich Hackethal nicht nur zunehmender Kritik, sondern auch Denunziationen und handfesten Eingriffen in sein Berufsleben (Berufsgerichtsverfahren, Entzug des Kassenarztrechts) von seiten der „Medizin-Mafia" (H. in Quick 25/78) ausgesetzt.



Ein Beispiel seiner Kritik an der herrschenden Medizin wird an seiner Einstellung zur Behandlung der Blinddarmentzündung deutlich:
Zunächst, betont Hackethal, ist es völlig unberechtigt, die Gefahren einer Blinddarmoperation zu verharmlosen, zumal in der BRD die Sterblichkeit an einer solchen Operation mit ca. ¼ Promille vergleichsweise sehr hoch ist (Auf Messers Schneide = MS, S.45). Im übrigen wird mindestens jeder zweite (wahrscheinlich aber mehr) „Wurm" unnötig wegoperiert. Dennoch werden schlichtweg alle - auch die vollkommen ungerechtfertigten Appendektomien nachträglich durch das Pathologen - Urteil „Chronische Appendizitis" gerechtfertigt. „Ich habe es nicht ein einziges Mal unter vielen hundert herausgenommenen, aber keineswegs entzündeten Blinddärmen erlebt, daß der histologische Befund lautete: Normaler Wurmfortsatz ohne Zeichen frischer oder älterer Entzündung. Immer war es eine „Chronische Appendizitis" " (MS, S.52).

Dabei ist klar, daß im streng histologischen Sinne in jeder Appendix chronische Entzündungsvorgänge zu erwarten sind, auch in einer vollkommen unauffälligen, die klinisch keine Beschwerden verursacht; denn schließlich gehört die Appendix in das System der lymphatischen Abwehrkette, deren Funktion ja gerade darauf beruht, Krankheitserreger unschädlich zu machen. Somit ist die Entzündung - im feingeweblichen Sinne - als Ausdruck des funktionstüchtigen Abwehrkampfes zu verstehen, „wiederholte Entzündungen hinterlassen Spuren. Die entdeckt dann der Pathologe. Als Vorbeugung vor den Chirurgen identifiziert der Pathologe die kleinsten Entzündungszeichen als Symptom einer chronischen Appendizitis" (MS, S.53).
Für die Schulmedizin gilt das Prinzip: „Der Blinddarm ist überflüssig, er könnte sich entzünden, also raus damit." (MS, S.53) Für Hackethal ist es grober Unfug, ein Organ nur deshalb herauszunehmen, weil es bei einem relativ kleinen Prozentsatz der Menschen im Laufe des Lebens lebensgefährlich erkranken kann.
Dagegen führt er einige Beweise dafür an, daß eine unnötige Appendektomie nur Schaden anrichtet:

- Die erhöhte Krebsanfälligkeit bei appendektomierten Patienten ist statistisch nachgewiesen.
- Die Gefahr der Verschleppung von Kotkeimen in die Bauchhöhle während der Operation, die im übrigen bei nicht entzündeten Appendizes größer ist als bei akut entzündeten, bei denen wahrscheinlich eine größere Abwehrbereitschaft der dadurch mitentzündeten Umgebung des Wurmfortsatzes vorliegt.



- Schließlich birgt jede Appendektomie die Gefahr der Stumpfinsuffiziens (Naht kann aufgehen) und späterer Verwachsungen usw. in sich.

Hackethal gibt zu, daß das Risiko einer Appendektomie bei nicht entzündetem Blinddarm klein ist, in den Händen eines erfahrenen Bauchchirurgen sogar minimal. Aber es ist da und deshalb beachtenswert (MS, S.54). Die Frage, die er leider nicht aufwirft: Gibt es für eine akute Appendizitis auch andere als nur chirurgische Heilmethoden?

Soweit dieses Beispiel. Mittlerweile ist die Diskussion mit Hackethal (Krebsvorsorgeuntersuchung) sicherlich auf dem Siedepunkt angelangt. Es ist schwer, mit seinen Widersprüchen, seiner Emotionalität und seinem Anspruch auf kritische Diskussion innerhalb der Medizin, fertigzuwerden. Entscheidend ist aber wohl, daß jemand, obwohl er aus den Reihen der Schulmediziner kommt, eine Kontroverse über die Behandlungsweise der Medizin entfacht hat. Diese Diskussion muß so öffentlich wie nur möglich gemacht werden. Zum einen, weil auf diese Weise die Patienten merken können, welche Rolle sie in der heutigen Medizin spielen, und die Chance besteht, daß sie zum mündigen und dem Arzt gegenüber gleichberechtigten Partner erzogen werden können. Zum anderen, weil deutlich werden kann, daß Medizin keine Wissenschaft ist, die nur auf meßbaren Grundlagen arbeitet, sondern, daß hier, genau wie in anderen Wissenschaften, die Herangehensweise, wie man zum Beispiel eine Krankheit auffaßt, ob von den Symptomen oder vom Menschen und der Gesellschaft her, jeweils eine andere ist. Hackethal hat diesen gesellschaftskritischen Anspruch sicherlich nicht, und seine Bemerkungen zum Arzt-Patient Verhältnis stellen nicht den





Kern seiner Bücher dar.
Unter den Medizinstudenten wird gerne das „Argument" der Ärzte und ihrer Funktionäre aufgegriffen, Hackethal verunsichere die Patienten und störe damit das Arzt-Patient Verhältnis. Um es einmal deutlich zu sagen, das Arzt-Patient Verhältnis ist gestört, und daß ist sicherlich nicht Hackethals Verdienst. Wenn aufgrund des Ausspruchs: „Wenn sie einen Urologen sehen, dann laufen sie so schnell sie können!" immer weniger Männer zur Prostata-Vorsorgeuntersuchung gehen, dann fühlen sich viele sicherlich bestätigt in dem Gefühl, daß die heutige Medizin weder in der Lage ist, die organischen Ursachen noch die psychischen und sozialen Folgen dieser Erkrankung in den Griff zu bekommen. Dennoch wird eifrig „Vorsorge" betrieben (ernstzunehmende Vorsorge bestünde bspw. in der Abschaffung der Kernkraftwerke). Für die Patienten aber besteht keine Möglichkeit in dieses System von „Vorsorge" einzugreifen, sie sind aufgrund des nicht bestehenden Vertrauensverhältnisses dem Arzt und seiner Medizin ausgeliefert. So bleibt ihnen nur die Möglichkeit keine Vorsorgeuntersuchung vornehmenzulassen.

Wir sollten als kritische Medizinstudenten versuchen, die Realitäten, die durch Hackethal geschaffen und aufgezeigt wurden, zu erweitern um den Aspekt der gesellschaftlichen Dimension von Krankheit und Gesundheit, ebenso wie wir versuchen sollten, den Patienten klarzumachen, daß es nicht nur eine (Schul-) Medizin gibt, und daß vieles in Behandlung und Therapie von dem abhängen kann, was sie selber wollen.

Arbeiten 3 Minuten zu spät abgegeben: Prüfung nicht bestanden!

Das baden-württembergische Landesprüfungsamt für Medizin und Pharmazie wacht scharf über die Einhaltung der Prüfungsbestimmungen. Es ließ kürzlich drei Ulmer Medizinstudenten durchrasseln, weil sie ihre schriftlichen Arbeiten für den zweiten Abschnitt der ärztlichen Prüfung zwei bis drei Minuten zu spät abgegeben hatten. Formaljuristisch ist an dieser Entscheidung nicht zu rütteln, denn Paragraph 19 der Approbationsordnung für Ärzte droht solche Konsequenzen ausdrücklich an.

Die viertägige Prüfung begann am 28. August um 9.15 Uhr, nach einer viertelstündigen Rechtsbelehrung. Unter den 84 Kandidaten waren auch der 48jährige Türke Mehmet Özkan und der 30-jährige Perser Morteza Nekoi-Rizi. Auf 13 Uhr war die Abgabe der Prüfungsarbeiten angesetzt. Eine besondere Aufforderung dafür erhielten die Prüfungsteilnehmer nicht. Sie mußten, wie es rechtlich vorgeschrieben ist, den Prüfungskatalog unaufgefordert dem Aufsichtspersonal aushändigen.

Drei Teilnehmer, darunter Özkan und Nekoi-Rizi, versäumten die 13-Uhr-Frist um zwei bis drei Minuten. Ein Aufsichtsbeamter protokollierte den Vorgang formgerecht, beruhigte jedoch die Medizinstudenten mit dem Hinweis, daraus würde ihnen voraussichtlich kein Strick gedreht. Im Landesprüfungsamt, das den Fall zu beurteilen hatte, dachte man anders. Wochen später erhielt das Ulmer Studenten-Trio per Einschreiben den gleichlautenden Bescheid, daß die Prüfung als nicht bestanden gelte. Der Grund: „Ihre Arbeit wurde nicht um 13 Uhr, sondern um 13.03 Uhr abgegeben." Eine Wiederholung der Prüfung ist erst in sechs Monaten möglich. Die Betroffenen haben bereits rechtliche Schritte vor dem Verwaltungsgericht angekündigt.

Ein Rechtsstreit scheint nicht aussichtslos, weil durch eidesstattliche Erklärungen von Prüfungsteilnehmern gesichert zu sein scheint, daß es bei der Abgabefrist etwas turbulent zuging. Einer meinte: „Bei Prüfungsende herrschte große Unruhe im Saal." Özkan und Nekoi-Rizi behaupten, sie hätten die Aufforderung des Aufsichtsbeamten nicht gehört.

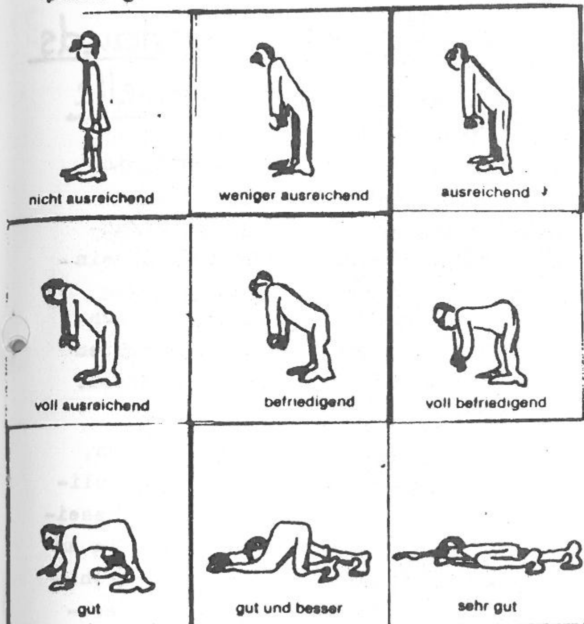
Welche Folgen eine Schreibtisch-Entscheidung haben kann, zeigt das persönliche Schicksal der beiden ausländischen Studenten. Nekoi-Rizi, der 30jährige Perser, steht bald ohne einen Pfennig Geld da, denn das Stipendium, das ihm das Diakonische Werk gewährte, ist mit Ende des Studienjahres ausgelaufen. ...... Der 48jährige Türke Özkan ist verzweifelt. In seinem Alter sei jede weitere Zeitverzögerung eine Qual, sagt er. Zunächst war Özkan acht Jahre lang Hilfsarbeiter, bevor er 1972 an der Universität Ulm das Studium aufnehmen konnte.

„Wie soll ich jetzt die Familie ernähren?" fragt sich Özkan.

aus: Die Zeit, 9.11.78



Über die Pflichten eines "approbationsordnungsgemäßen" Studenten



Am 1.3. dieses Jahres erfolgte mit Inkrafttreten der zweiten Novelle der Approbationsordnung ein gewaltiger Rückschritt in der Gestaltung unserer Ausbildung.

Fortschrittliche Studienreformbestrebungen, wie sie trotz aller Vorbehalte in der AO von 1970 enthalten sind, werden durch die Novellierung zunichte gemacht. Immer weiter entfernt sich unser Studium von einer verantwortungsgerechten, in wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht qualifizierenden Ausbildung.

Berechtigten Forderungen nach:

- integrierender am Lehrgegenstand, nicht am einzelnen Fachgebiet orientierter Ausbildung
- Betonung der praktischen Ausbildung
- Ermöglichung eines sinnvollen Studienaufbaus durch die einzelnen Studenten

(Zielsetzungen übrigens, die ursprünglich gemäß amtlicher Begründung auch Zielsetzungen der AO waren) stehen heute entmündigende Reglementierungen gegenüber:

- Wiedereinführung der Pflichtvorlesung, was eine Abkehr vom praxisorientierten Unterricht bedeutet
- die 60% - Prüfungshürde, die ein kritikloses Faktenlernen fördert

Es drängt sich die mit einem reichlich schlechten Omen behaftete Frage auf:
Kann der Medizinstudent in einem sogearteten Studium die Befähigung zu verantwortlichem ärztlichen Handeln überhaupt noch erwerben?
Wo ist hier noch die Möglichkeit der Förderung von differenzierter Sachkenntnis, Kritikfähigkeit und gesellschaftlicher Verantwortungsbereitschaft?
Sie kann nicht bestehen, wenn dem Auszubildenden die Möglichkeit der selbständigen Studiengestaltung, in eigenverantwortlicher Beurteilung der Ausbildungsrelevanz der verschiedenen Fächer und der didaktischen Qualität von Veranstaltungen, abgesprochen wird.

In einem gewissen Rahmen obliegt die Verantwortung, in welchem Ausmaß die Studierenden diesen Reglementierungen unterworfen sind, den einzelnen Hochschulen. So fordert die AO-Novelle die Pflichtvorlesung nicht, sondern ermöglicht sie. "... Der Studierende... weist... seinen regelmäßigen Besuch an den die praktischen Übungen vorbereitenden oder begleitenden Vorlesungen nach, soweit der Besuch von der Hochschule in einer Studienordnung vorgeschrieben ist." (AO Novelle, § 2, Abs.3).

Die Studienordnung der MHL, die zur Zeit dem Kultusminister in Kiel vorliegt, läßt den entsprechenden Passus nicht vermissen. Wenn auch umschreibend, das drastische Wort "Pflichtvorlesung" umgehend, so sagt dennoch der " Pflichtveranstaltungsparagraph" (§4 Studienordnung der MHL): "... weitere Pflichtveranstaltungen werden vom Senat im Einvernehmen mit den zuständigen Fachvertretern festgelegt..."
Wie diese Formulierung zu verstehen ist, zeigt deutlich die bereits angelaufene lebhafte Diskussion im Senat um den Modus der Anwesenheitskontrolle während der beantragten Pflichtvorlesungen. Nahezu alle Hochschullehrer der MHL haben schon jetzt ihr Bestreben kundgetan, ihr Vorlesungen zur Pflicht zu erheben. Noch sindes Formalien, die den Lauf der Dinge aufhalten. Wie lange noch? Wann wird für uns der Vorlesungsmarathon beginnen?

- 40 Stundenwoche (lediglich Veranstaltungen an der Hochschule)
- Überhäufung mit Lehrinhalten, ohne Möglichkeit der Vor- und Nachbereitung, die ein Doppeltes der Zeit von Vorlesungsbesuchen beanspruchen.

Dies sind untragbare, für uns nicht durchzuführende Studienbedingungen !

Für einen Ausbau der Lehrkapazitäten!

Das Wiederaufgreifen der Pflichtvorlesungen bedeutet unmißverständlich eine Verlagerung der Gewichtung von praxisorietierter Lehre in Kleingruppen auf theoretische Massenveranstaltungen. Was hier erfolgt ist Ersatz von Qualität durch Quantität.
Dieser verantwortungslosen Strategie liegen staatliche "Reformüberlegungen" verbunden mit Kapazitätsverordnungen und bildungspolitischen Konzepten der "Öffnung der Hochschule", ohne jedoch einen Ausbau der Kapazitäten, zugrunde. Hier, wo offensichtlich finanzpolitische Überlegungen erste Priorität vor studentischen Qualifikationsansprüchen eingeräumt wird, müssen unweigerlich die unterschiedlichen Interessen von Hochschulangehörigen und Gesetzgeber aufeinanderprallen.

Soll in dem Konzept der "Öffnung der Hochschule" eine ausreichende Ausbildungsqualität aufrechterhalten werden, so muß ein Ausbau der Lehrkapazität der Hochschulen vorgenommen werden, wenn nicht arbeitsunfähige Massenuniversität zur kurzfristigen Bewältigung hoher Studentenzahlen entstehen soll.

Fortsetzung des Widerstands gegen die AO-Novelle

Uns darf die massive Reglementierung, Einengung und Leistungsorientierung, die wir im Augenblick in unserer Ausbildung erfahren, nicht zur Resignation führen; denn ein solches Verhalten ebnet dem Staat den Weg zur weiteren Ökonomisierung und Verschlechterung unseres Studiums. Wir müssen unseren Widerstand gegen die AO-Novelle fortsetzen.

Hierbei ist es jedoch wichtig zu erkennen, daß Produkte einer verfahrenen Bildungspolitik nicht durch einmalige Kraftakte zu beseitigen sind, sondern daß wir längerfristig an unserer Forderung nach einer grundsätzlichen Umorientierung in der Bildungsplanung festhalten müssen.

mögliche Änderung unserer Ausbildung: „GESUNDHEITSWISSENSCHAFTLICHE PROPÄDEUTIK" am Bielefelder Oberstufen-Kolleg

Um eine Diskussion zu einer grundsätzlichen Neuordnung unseres Studiums anzuregen, versucht der AStA im Januar nächsten Jahres maßgebliche Leute, die sich Gedanken über unseren Studiengang machen, sei es in Form einer „Verbesserung" der bestehenden AO, sei es in Form einer grundsätzlichen Änderung unserer AO, auf einem Podium zusammenkommenzulassen. Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung und der daraus folgenden Diskussion dient unter anderem dieser Artikel.

Was ist das Bielefelder Oberstufen-Kolleg?

Eine kurze Charakterisierung des Bielefelder Oberstufen-Kollegs: Gründung 1970 an der Universität Bielefeld. Zunächst drei Jahre von der Stiftung Volkswagenwerk finanziert, seit 1972 Einrichtung des Landes NRW. Das Oberstufen-Kolleg will als „Curriculum-Werkstatt" neue Organisationsformen und Curricula (Lehrpläne) entwickeln und erproben und damit einen Beitrag leisten, den Zugang zu wissenschaftlichen Methoden und Verfahren demokratischer zu gestalten und deren Anwendungsmöglichkeit unter Berücksichtigung ihrer politischen und sozialen Konsequenzen zu vermitteln.
Es werden zur Zeit 23 Grundstudiengänge angeboten, die so konzipiert sind, daß Jugendin einem einheitlich vierjährigen Ausbildungsgang nach Abschluß der Sekundarstufe I (≙ mittlerer Reife) zu einem Hauptstudium (≙ in der Medizin: klinisches Studium) in den wichtigsten wissenschaftlichen Disziplinen befähigt werden.



A. Paul Weber: Bildungspflänzchen

Das pädagogische Rahmenkonzept enthält folgende Merkmale:
Das Oberstufen-Kolleg geht von der Hypothese aus, daß jeder durchschnittlich sozialisierte Jugendliche bei entsprechender pädagogischer Förderung zu einem wissenschaftlichen Studium befähigt ist. Der Aufnahmeschlüssel trägt dieser Zielsetzung Rechnung:
- 50% weiblich, 50% männlich
- soziale Schichtzugehörigkeit wie im Lande NRW (50% Unterschicht, 45% Mittelschicht, 5% Oberschicht).
- je 1/3 der Kollegiaten mit Vorbildung in Hauptschule, Gymnasium und Realschule
- mindestens 1/3 mit Berufserfahrung
- Höchstalter 25 Jahre

Praktikum: Alle Absolventen des Oberstufen-Kollegs sollen, sofern sie nicht bereits vor Antritt ihrer Ausbildung eine mindestens einjährige Berufstätigkeit ausgeübt haben, mindesten dreimal Arbeitsverhältnisse in verschiedenen Beschäftigungsbereichen eingehen, um Strukturen und Probleme der Arbeitswelt selbst konkret-sinnlich zu erfahren.

Wissenschaftspropädeutik: Außerhalb des Wahlfachunterrichts wird für alle Kollegiaten die Ausbildung themen- und methodenzentriert als allgemeine Wissenschaftspropädeutik durchgeführt, wobei eine Grundqualifikation in naturwissenschaftlich-technologischen, sozioökonomischen und kommunikationstheoretischen Kenntnissen angestrebt wird.

Leistungsmessung: Leistungsmessung wird lernzielorientiert durchgeführt und dient vor allem der selbstkritischen Einschätzung der eigenen Leistung und der Rückkopplung. Die Beurteilung der Einzelleistung orientiert sich an den individuellen Lernfortschritten, nicht jedoch an fiktiven Normverteilungen der Leistungen innerhalb der heterogenen Kursgruppen. Entsprechend wird nur nach den Kriterien „bestanden" - „nicht bestanden" differenziert, es gibt kein Punkt- oder Notensystem.

Integrierter Studiengang: Das Oberstufen-Kolleg versucht, durch Verbindung von traditioneller-schulischer Allgemeinbildung mit zunehmend fachlich-beruflicher Spezialisierung eine rationalere, an den individuellen Interessen und Fähigkeiten der Kollegiaten ausgerichtete Studienfach- und Berufswahl zu ermöglichen. Es will nachweisen, daß durch dieses vierjährige Kolleg ein Ausgleich der unterschiedlichen Eingangsvoraussetzungen geschaffen werden kann. Insofern ist es eine Alternative zu Abitur und zur gegenwärtigen Regelung des Hochschulzugangs (Numerus Clausus).
Für den Ausbildungsgang „Gesundheitswissenschaftliche Propädeutik" besteht deshalb das Ziel darin, den an einer ärztlichen Ausbildung und Tätigkeit interessierten Kollegiaten zu ermöglichen, ihre Studienmotivation durch eine realistische (und nicht nur emotionale wie heute) Vorstellung von dem angestrebten Berufsfeld zu überprüfen und ihre Studien- und Berufseignung durch praktische Erfahrung erproben zu können.

Wie sieht jetzt der Ausbildungsgang GESUNDHEITSWISSENSCHAFTLICHE PROPÄDEUTIK im einzelnen aus?

Bezugspunkt ist die Approbationsordnung für Ärzte (1970), deshalb sollen die in der AO geforderten Kurse und Praktika in den Ausbildungsgang integriert werden, und um einen Vergleich mit den Ausbildungsresultaten der medizinischen Fakultäten zu bekommen, nehmen die Kollegiaten an der bundeseinheitlichen Prüfung (ärztliche Vorprüfung) teil.

Die Unterrichtsplanung ist derzeit noch auf die ersten beiden Semester des Studiengangs beschränkt und versucht die Entscheidung für oder gegen ein Medizinstudium zu fundieren.



In den Organisationsbedingungen ist Raum für notwendinge didaktische Versuche, so

- für Unterricht in Kleingruppen, für selbstorganisierte Studien, für forschendes Lernen,
- für Einsatz von Unterrichtstechnologien und programmierter Instruktion
- für Integration von theoretischen Unterricht und praktischer Übung,
- für Lernen von Kooperation (Teamwork), von wissenschaftlichen Arbeitstechniken,
- für eine aktive Mitgestaltung des Unterrichts durch die Kollegiaten.

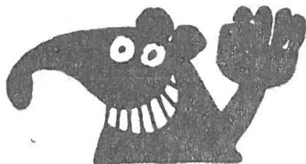
Inhaltlich wird bewußt von der traditionellen systematischen Vermittlung isolierter Fachgebiete abgewichen und eine problembezogene Entwicklung von Lernsequenzen angestrebt, indem die Inhalte der theoretischen Fächer (bezogen auf die Vorklinik) soweit möglich auf klinische Probleme, offene Fragen medizinischer Forschung und sozial- und gesundheitspolitische Kontroversen bezogen werden. Dadurch soll bei den Kollegiaten von Anfang an die Fähigkeit zu problemlösenden Verhalten und die Bereitschaft zu selbstständigem Arbeiten geübt werden. Die Trennung in Vorklinik und Klinik erweist sich dabei als besonders hinderlich.

Der Wahlfachunterricht gliedert sich in folgende Komponenten:

- Orientierungssemester
- Teilnahme am naturwissenschaftlichen Grundpraktikum
- sozialwissenschaftliche Einführung in die Medizin
- Schwerpunktphase der integrierten Medizinpropädeutik
- selbständige wissenschaftliche Arbeit
- Krankenpflegepraktikum
- verschiedene Formen praktischer Anwendung erworbener Kompetenzen.

Dauer: 8 Semester

Orientierungssemester: Diese Einführung (36 Wochenstunden) soll einen ersten Überblick über die medizinische Ausbildung, die Möglichkeiten ärztlicher Tätigkeit und die Struktur des Gesundheitswesens vermitteln. Durch eigene praktische Übungen (u.a. Erkundungen in Institutionen des Gesundheitswesens) und gemeinsame Diskussion soll hier ein Beitrag zu einer fundierten Studienfachentscheidung geleistet werden.



Naturwissenschaftliches Grundpraktikum: Es soll im Rahmen einer integrierten Ausbildung grundlegende Methoden und Verfahrensweisen der Naturwissenschaften erarbeitet werden. Das Konzept sieht dabei eine einheitliche, fächerübergreifende Einführung in die naturwissenschaftliche Arbeitsweise vor, um die traditionellen Nebenfächer Physik, Chemie und Biologie abzulösen.

Sozialwissenschaftliche Einführung in die Medizin: Mit Fachvertretern von Soziologie und Psychologie, sowie in Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten und Bielefelder Krankenhäusern sollen durch Berufserkundung in den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens die soziale und ökonomische Dimension ärztlicher Tätigkeit und die Strukturen des Gesundheitswesens durch praktische Anschauung verdeutlicht werden.

Integrierte Medizinpropädeutik: Durch die Entwicklung eines Kurses der integrierten Medizinpropädeutik soll die Trennung von Klinik und Vorklinik im Rahmen medizinischer Ausbildung zumindest in einzelnen exemplarischen Perspektiven überwunden werden. Methoden und Inhalte der klassischen Fächer Anatomie, Physiologie und Biochemie sowie der Psychologie, Soziologie und der politischen Ökonomie des Gesundheitswesens sollen hier zu gemeinsamen Themenbereichen zusammengefaßt und unter verschiedenen Problemaspekten vermittelt werden. Ausgehend von Beobachtungen im Rahmen einer "Living-body-Anatomy" (Erlernen der Anatomie am lebenden Körper) sollen die verschiedenen Methoden anatomischer, physiologischer, biochemischer und psychologischer Untersuchungen abgeleitet und dargestellt werden, um auf dieser Grundlage eine fundierte Kenntnis orthologischer und allgemein pathologischer Grundfunktionen und Reaktionen des menschlichen Körpers anzustreben, die für ein umfassendes Verständnis von Gesundheit und Krankheit Grundlage sind. Praktische Übungen und eigene experimentelle Untersuchungen im medizinischen Grundlabor sollen daher im Zusammenhang mit ihren möglichen Anwendungen in Bezug gesetzt und besprochen werden. Schließlich sollen die sozialen und psychologischen Bedingungen von „Gesundheit" auf dem Hintergrund sozialhistorischer und epidemiologischer Kenntnisse in ihrer politischen und ökonomischen Dimension erarbeitet werden.

Selbständige wissenschaftliche Arbeit: Der kritische Umgang mit wissenschaftlichen Informationen bildet ein wichtiges Strukturmerkmal des Curriculum. Die Kollegiaten sollen daher auch Gelegenheit zu eigener wissenschaftlicher Arbeit erhalten, wobei die Bibliothek und das medizinische Grundlabor eine wesentliche Voraussetzung sind.

Krankenpflege-Praktikum: Die Einbeziehung von Problemen medizinischer Tätigkeit unter unterschiedlichen institutionellen Bedingungen bildet eine wichtige Ergänzung zur überwiegend theoretischen Ausbildung. Diesem Zweck dient zum einen das allgemeine Praktikumskonzept des Oberstufen-Kollegs, durch das allen Kollegiaten ein Einblick in die Probleme der Arbeitswelt vermittelt werden soll, zum anderen ist geplant, innerhalb der Wahlfachausbildung Phasen praktischer Tätigkeit und strukturierter Berufserkundung einzubauen. Hierbei ist vor allem an praktische Tätigkeiten im Krankenhaus und deren theoretische Vor- und Nachbereitung gedacht. Die Approbationsordnung schreibt einen zweimonatigen Krankenpflegedienst vor, um „in Betrieb und Organisation einer Krankenanstalt einzuführen" und mit den üblichen Verrichtungen der Krankenpflege vertraut zu machen. Diese Krankenhauspraktika der Kollegiaten mit dem Wahlfach Medizin werden als obligatorische Kolleg-Praktika angerechnet und zusammen mit anderen Praktika vorbereitet und ausgewertet.

Weitere Perspektiven:

Innerhalb der Untersuchungspraxis sollen standardisierbare Reihenuntersuchungssets entwickelt und durchgeführt werden.
Zur Betreuungspraxis ist an die Betreuung von übergewichtigen Kollegiaten zu denken und Kollegiaten, die sich das Rauchen abgewöhnen wollen. Auch außerhalb des Kollegs sollen, ähnlich wie in den USA, Familien oder kranke Familienangehörige über ein Jahr betreut werden (z.B. behinderte Kinder, Diabetiker und andere chronisch Kranke, aber auch Schwangere).

Zur Beratungspraxis gehören Verhütungsmittelberatung und Ernährungsberatung. Außerdem soll ein System von Gesundheitsberatung aufgebaut werden, das so aussehen soll, daß Kollegiaten und andere Jugendliche Fragen, die ihre Gesundheit, ihr Wohlbefinden oder auch nicht verstandene Diagnosen eines Arztes betreffen, an das Beratungszentrum richten können, dessen Aufgabe es ist, Lösungswege innerhalb einer bestimmten Zeit den Fragenden anzubieten. Für die beteiligten Medizinkollegiaten ist das eine hervorragende Möglichkeit, mit wirklichen medizinischen Fragen konfrontiert zu werden und selbständig nach Lösungswegen zu suchen wie z.B. Anrufe bei Ärzten in Praxis oder Krankenhaus, Buchstudien, Diskussionen etc. Um es noch einmal zu betonen: Aufgabe dieses Zentrums ist nicht die Lösung gesundheitlicher Probleme, sondern das Herausfinden der Lösungswege als eine primärmedizinische Aufgabe.





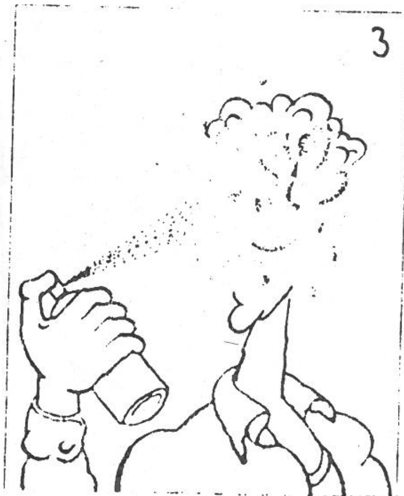
Es könnte noch viel gesagt werden zu diesem Oberstufen-Kolleg, vor allem, was seine jetzige Entwicklung anbelangt. Ich möchte mich hier mit Rücksicht auf die Länge dieses Artikels aber auf die Darstellung der wesentlichen Merkmale beschränken. Dennoch: Eine kurze, vorläufige Einschätzung.

Artikel 1(1): Die ~~Würde~~ Autorität des ~~Menschen~~ Arztes ist unantastbar. ~~Sie~~ Ihn zu achten und (angemessen) zu ~~schützen~~ bezahlen ist Verpflichtung aller ~~staatlichen Gewalt~~ Patienten und Krankenkassen.

Artikel 1(2): Das Deutsche Volk ~~be~~ aner kennt ~~sich~~ darum ~~zu~~ die unverletzlichen (Sonderstellung des Arztes, seiner) und ~~unveräußerlichen Menschenrechten~~ schamt hohen Einkünfte (seines Reichtums, egal, wie viele Mitglieder der) als Grundlage ~~jeder~~ menschlichen Gemeinschaft, (durch seine Kunstfehler auf dem) ~~des~~ Fried~~ens und der Gerechtigkeit in der Welt~~ hof landen.)

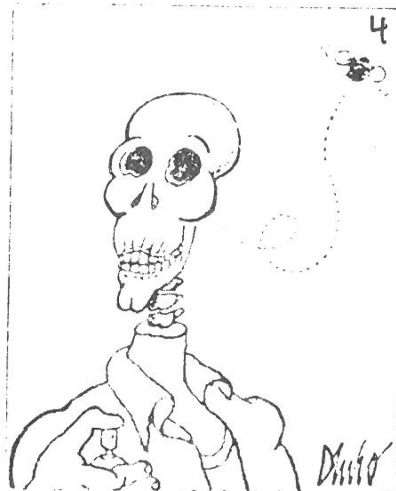
Artikel 3(2): Alle ~~Menschen~~ Patienten sind vor dem ~~Gesetz~~ Doktor gleich, Privatpatienten sind jedoch gleicher.

Auffallend am Oberstufen-Kolleg sind wohl die völlig andere Struktur und die anderen Inhalte dieser Ausbildung verglichen mit unserem Studium und der AO.
Zunächst steht einmal der Mensch (=Patient?) im Vordergrund, und zwar als Ganzes. Eben nicht nur von seiner körperlichen Seite betrachtet, sondern eingebunden in seine Psyche und seine soziale Umwelt, wie es der Realität auch entspricht.
Genauso wird der Arzt im Zusammenhang mit Gesundheitswesen, Gesellschaft und auch den ökonomischen Bedingungen nicht nur seines Berufes gebracht, um so aufzuzeigen wie die reale Situation des Arztes aussieht, und welche Funktion er eigentlich hat.
Die widersinnige Trennung in Vorklinik und Klinik konnte noch nicht ausgesetzt werden.



Es wird durch ein System integrierter Veranstaltungen versucht, einer Zerstückelung der Menschen in seine „fachbezogenen" Bestandteile entgegenzuwirken, weil es einfach berufsfremd ist.
Wir können hieraus lernen, daß, wenn wir eine umfassende Kritik unserer Ausbildung leisten wollen, wir an diesen Punkten ansetzen müssen:
Welchen Wert hat der Mensch(=Patient?) in diesem Gesundheitssystem?
Welchen Wert hat der Arzt in diesem Gesundheitssystem?
In welche gesamtgesellschaftlichen Bedingungen ist dieses Gesundheitssystem eingebettet?
Was für ein Arzt wird aus uns in der heutigen Ausbildung gemacht?
Was für ein Arzt wollen wir letztendlich werden?
Was muß deshalb geändert werden?

Wenn wir uns über diese Punkte klar geworden sind, werden wir auch in der Lage sein können, neue Richtlinien für dieses Studium und uns selbst, als Ärzte in naher Zukunft, geben zu können.



Die Lübecker Altstadt - Eine Herausforderung

Wer in Lübeck studiert, der sollte sich nicht damit zufrieden geben, daß er das Ding auf dem 50-Mark-Schein nun auch in Realität gesehen hat. Die Altstadt von Lübeck hat mehr Interesse verdient, ja sie braucht das Engagement ihrer Bewohner, um nicht gänzlich vor die Hunde zu gehen. Wenn das Holstentor in Wirklichkeit gegenüber der "begradigten" Darstellung auf dem 50-Mark-Schein schon sehr viel schiefer ist, um wieviel mehr unterscheidet sich die Altstadtwirklichkeit von den Werbesprüchen von Industrie und Handel und ihren Ausführungsgehilfen in der Stadtverwaltung ("Lübeck - ein Gedicht!") !!

Die herausragende Bedeutung Lübecks liegt in der Tatsache, daß über die große Zahl mittelalterlicher Baudenkmäler hinaus, die Stadt als G a n z e s , ausgehend von der seit ihrer Gründung um 1143 kaum veränderten Straßenanlage, den Rang eines Denkmals beanspruchen kann. Die im Vergleich zu anderen Städten relative Stagnation der wirtschaftlichen Blüte Lübecks nach dem Zusammenbruch der Hanse (1669) ist mit ein Grund dafür, daß bis in unser Jahrhundert hinein die Stadt ein überraschend einheitliches und typisches Gepräge bewahrt hat. Wesentliche Voraussetzung hierfür war die weitgehend einheitliche Grundstücksgröße in Handtuchform, die durch verschiedene Stilepochen hindurch (Gotik, Renaissance, Barock, Rokoko, Klassizismus) den Giebelbau als optimale Nutzform hervorbrachte. Mit der fortschreitenden Konzentrierung des Kapitals und der Auflösung mittelständischer Strukturen kam es gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu ersten erheblichen Einbrüchen in das historische Stadtbild.

Der entscheidende Einschnitt in die Stadtgeschichte jedoch war der Bombenangriff im März 1942, der 11% der historischen Bausubstanz (vor allem das prächtige Kaufmannsviertel zwischen Marienkirche und Untertrave) zerstörte. Der Wiederaufbau der Altstadt blieb im Wirtschaftswunderland weitgehend dem "freien Spiel der Kräfte" überlassen. Während die teilweise stark zerstörten Kirchen mit großem Aufwand als touristische Anziehungspunkte restauriert wurden, drängte das stark akkumulierte Kapital in Form von Großkaufhäusern, Banken und Versicherungen in die neu geschaffene "City", wo man mit großen Investitionen höchstmöglichen Warenumsatz und maximalen Gewinn erzielen wollte. Im schwer beschädigten Kaufmannsviertel wurden von den Bomben verschonte Giebel der Patrizierhäuser abgerissen und die zaghaften Empfehlungen zur Erhaltung des Stadtbildes von den "Sachzwängen" hinweggefegt.



"Immer schön sauber kehren, damit unser Stadtbild erhalten bleibt!"

In der rücksichtslosen kapitalistischen Nutzung liegt die wesentliche Ursache dafür, daß nach demKrieg doppelt soviele historische Häuser (22 % !) demoliert wurden, als durch die Kriegsverwüstung! Systematisch wurde in weiten Teilen der Stadt Wohnraum durch Büro- und Kaufhauskomplexe ersetzt. So verdankt Lübeck der"marktwirtschaftlichen Dynamik" verbreiterte Straßen, attraktive Konsumtempel (Karstadt, Haerder, Anny Friede...), Parkhäuser, etc. (Wer eine positive Alternative unter anderen Prioritäten kennenlernen möchte, der informiere sich über die beispielhafte Restaurierung von Gdansk (Danzig), das zu 90 % im Krieg zerstört wurde!)

Sowenig, wie sich die Ursachen für dieses menschenfeindliche und asoziale Krebsgeschwür geändert haben, kann man auch mit einem Ende dieser Entwicklung rechnen. Im Gegenteil - täglich stößt man auf neue Schweinereien : da verkommen gotische Giebelhäuser als Spekulationsobjekte (z.B. Königstr.30), als Service für die City-Kaufhäuser werden im Wohnviertel am Dom Parkuhren aufgestellt, direkt neben den alten Salzspeichern am Hostentor wird demnächst Kaufmann Horten einen seiner Tante-Emma-Läden errichten, die Kulissensanierung greift weiter um sich (die Fassade bleibt erhalten, die Fenster werden schwarz bemalt, dahinter Lagerhallen oder - nichts (z.B. Königstr. 80), der Abbruch alter Bürgerhäuser für den Karstadt-Erweiterungsbau, die sog. "Verkehrsberuhigung" (= Verkehrsverlagerung) durch die engen Wohnstraßen im Ostviertel, usw.,usw.

Unzählige Beispiele gibt es, wie die Stadt als geschichtliches Gesamtdenkmal zerstört und pervertiert wird. Wer in Lübeck lebt und diesen Prozeß täglich mit eigenen Augen verfolgen kann, darf hier nicht gleichgültig bleiben. Dabei sind nicht nur die Altstadtbewohner angesprochen, sondern alle, die den Wert der verbliebenen "Reststadt" erkannt haben. Nur der gemeinsame Widerstand hat da eine Chance.

Seit 1971 gibt es die Bürgerinitiative "Rettet Lübeck" (BIRL), die allen Interessierten empfohlen sei. Treffen der BIRL : jeden 2. Dienstag um 19.30 h im Rokokosaal der Reformierten Kirche, Königstr. 18 .

Gedicht

Alle Jahre wieder
kommt ein Kernkraftwerk
auf die Erde nieder
mitsamt dem Atommüllberg

Alle Jahre wieder
zerfällt das Plutonium
aber nur ein bißchen
es haut uns noch alle um

Alle Jahre wieder
wächst die Leukämie
fährt uns in die Glieder
eine Heilung gibt es nie

Alle Jahre wieder
wächst der Strahlentod
er schlüpft durch Kleid und Mieder
wird zum täglich Brot

Doch alle Jahre wieder
wächst auch der Widerstand
kommt auch zu euch herüber
braucht auch eure Hand



die wirtschaft grinst
das kraftwerk strahlt
- es fragt sich bloß
wer die Zeche zahlt

Zur Situation und Perspektive bei den VDS

(VEREINIGTEN DEUTSCHEN STUDENTENSCHAFTEN)

Die VDS ist die Dachorganisation der Deutschen Studentenschaften, und es sind in ihr ca. 180 ASten Westdeutschlands organisiert.
Auch die Studentenschaft der Medizin. Hochschule Lübeck ist Mitglied der VDS und nimmt deren Vorteile und Informationen in Anspruch. Dies ist allerdings in jedem Semester mit Beitragskosten verbunden (pro Semester und Student 1 DM), und damit ist es das gute Recht der beitragszahlenden Studenten, zu erfahren, was die VDS eigentlich sind, wie sie sich zusammensetzen und was sie uns für Vorteile bringen.
Zuvor erst einiges zum Aufbau und zur Zusammensetzung der VDS:
Höchstes beschlußfähiges Organ ist die Mitgliedsversammlung, an der alle Mitglieds-Asten teilnehmen können. Das Stimmrecht der einzelnen Hochschulen dort richtet sich nach der Anzahl der Studenten der Hochschule:

- 500 Studenten: 1 Stimme
- 1000 Studenten: 2 Stimmen

für je 1000 weitere St.: 1 Stimme
ab 10 000 Studenten:
für je 2000 Studenten: 1 weitere Stimme
ab 20 000 Studenten:
für je 3000 Studenten: 1 weitere Stimme

Zwischen den einzelnen Mitgliederversammlungen werden die Beschlüsse und laufenden Geschäfte vom Vorstand und Zentralrat durchgeführt bzw. aufrechterhalten.

DER VORSTAND mit MSB, SHB, Jusos, Basisgruppen und Liberalen.

Der Vorstand setzt sich zur Zeit aus fünf Vertretern zusammen:

- Andreas Mölich (MSB)
- Friedrich Weddige (SHB)
- Ali Schmeissner (Basisgruppen)
- Karl-Heinz Krems (LHV (Liberale))
- Hans Bernhard Rhein (Juso-HSG)

Für den Zentralrat werden 15 Sitze vergeben, die von GO, Juso, MSB, SHB und Unorganisierten (oft Vertreter sogenannter neutralisierter Asten, in denen mehrere Fraktionen Stimmengleichheit haben) besetzt werden.

RCDS-Asten sind größtenteils aus den VDS ausgetreten und sind daher nicht im Vorstand un Zentralrat vertreten.

MHL: 1 Stimme von ca. 800

Auf der Mitgliederversammlung hat die MHL alleine natürlich nicht viel zu melden. Bei ca. 800 ausgegebenen Stimmen fällt ihre eine Stimme nicht allzusehr ins Gewicht.
Die Notwendigkeit an der VDS-Mitgliedschaft und die Vorteile durch die VDS-Mitgliedschaft liegen auch in anderen Bereichen als dem Gewicht in einer Mitgliederversammlung.
Wir halten es für ungeheuer wichtig, daß möglichst viele Studenten in einem Dachverband organisiert sind und durch diesen vertreten werden. Nur so haben wir eine Chance, daß die Interessen der Studentenschaften zusammengefaßt, inhaltlich untermauert und ausgearbeitet und zu grundsätzlichen Forderungen umgesetzt werden.
Wie schwach der einzelne Student oder auch eine kleine Hochschule einem Kultusministerium, geschweige denn der Bundesregierung gegenüber ist, wird jeder Student allzugut nachvollziehen können.
Um so einleuchtender muß doch dann sein, wie wichtig so eine Institution wie die VDS sein kann.
Noch ein entscheidender Vorteil bietet uns die VDS. Sie faßt alle wichtigen hochschul-und allgemeinpolitischen Begebenheiten und Fakten zusammen und läßt diese den Hochschulen, so auch der MHL zukommen. Ferner organisieren sich in den VDS fachspezifische Untergruppen, so z.B. in der Medizin die VDS-Fachtagung-Medizin, die dann Arbeit zu den spezifischen Problemen ihrer Fachschaften in Angriff nehmen.
Gerade auf dieser Ebene arbeiten auch Vertreter der MHL aktiv mit. Erfahrungen und Situationsberichte der medizinischen Fachschaften der BRD werden dort ausgetauscht, und man bekommt so manche Anregung zur Verbesserung der Ausbildungssituation an der eigenen Hochschule.
Aber auch "standes"politische Probleme kommen dort zur Sprache. So besteht breite Übereinstimmung, daß das Medizinstudium gründlich hinterfragt und verändert,

Um gemeinsam gegen die Verschlechterung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung, der Arbeitsbedingungen an den Krankenhäusern und der medizinischen Ausbildung vorgehen und die Frage nach einer Medizin im Interesse der Massen konkret beantworten zu können, müssen wir die positiven Ansätze der Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Gewerkschaftern aus dem PJ-Streik wieder aufgreifen. Hineingearbeitet werden muß auf gemeinsame Veranstaltungen und Arbeitskreise mit Gewerkschaftsgruppen, Ärzte-, Schwestern- und Schülergruppen, Alternativen in der ÖTV und AKW-Initiativen im Gesundheitswesen, die sich durch ein konsequentes Eintreten für die Interessen der Patienten und des Personals eingesetzt haben. Dabei lassen wir uns nicht - wie durch das Fachtagungsprogramm vom 20.5.78 von vorneherein auf das Gesundheitsprogramm der ÖTV verpflichten. Es muß untersucht werden, ob es nicht via "Integration" auf eine noch stärkere Rationalisierung und Abbau medizinischer Leistungen hinausläuft. Dasselbe gilt für die Studienreformvorschläge des Vereins zur Förderung der Studienreform beim DGB. Es muß weiter der auf der letzten Fachtagung aufgeworfenen Frage nachgegangen werden, wie diese Konzeption unter dem progressiven Mäntelchen der Reglementierung und Anpassung des Studiums an das bestehende Gesundheitswesen nur noch auf die Spitze treibt.



»Einer von Euch, Genossen, treibt die Öffnung nach dem Westen zu weit! ...«

Welche Aufgaben stellen sich für die Fachtagung?

Im PJ-Streik hat sich gezeigt, daß die Fachtagung dann eine positive Rolle bei der Vereinheitlichung und Organisation der Kämpfe eingenommen hat, wenn wie damals, an den Fachbereichen eine breite Bewegung vorhanden ist. Auch für die Organisation solcher Aktionen wie der AO-Novellen-Demonstration ist sie ein geeignetes Gremium. Abgelehnt werden muß der Versuch, die Fachtagung zum Vehikel des " Regierungsdialogs " in punkto " Studienreform " umzufunkrionieren. Vielmehr wird sich die Fachtagung heute für unseren Kampf als ein brauchbares Instrument erweisen, wenn sie selbst in die inhaltliche Auseinandersetzung eingreift. und den Fachschaften und über sie der gesamten Studentenschaft Impulse und Hilfestellungen für die Kämpfe an den Fachbereichen geben kann. Dabei schlagen wir folgendes vor:

1. Laufende zusammenfassung der Entwicklung an den Fachbereichen: der Kämpfe, der Maßnahmen zur Durchsetzung der Novelle, Verteilung von Materialien und FS-Zeitungen und Untersuchung der zentralen Prüfungen.
Aufbauend auf den guten Erfahrungen mit Fragebögen zur Klausursituation im vergangenen Semster, sollen von den Fachschaften regionale AG's gebildet werden, die die entsprechenden Ausarbeitungen anfertigen.
Austausch der Fachschaftszeitungen übereinen zentralen Verteiler. Um den Austausch der Erfahrungen mit der Presse im Gesundheitsweseh und die Nutzung von Zeitschriften für die Fachschaften zu fördern, schlägt die Fachtagung die inhaltliche Auseinandersetzung mit Zeitungen, wie z.B. Dr.med. Mabuse, Gesundheitspolitisches Forum, Eingriffe usw. vor.

2. Förderung und Initiierung regionaler Zusammenschlüsse an konkreten Punkten (Kapazitäten, Präp-Kurs ...)

3. Analysen über die weitere Entwicklung im Gesundheitswesen und Ausbildungssektor (Ärzteschwemme, Assistentenstellen) Auseinandersetzung mit den Programmen der Parteien und Gewerkschaften zum Gesundheitswesen, schwerpunktmäßig: die Situation am Krankenhaus.

4. Zur Kritik der bürgerlichen Medizin: Zusammenstellung der verschiedenen Ausarbeitungen zur Kritik der Medizin wie z.B. Volksmedizin, Alternativmedizin und Psychosoziales. Aufbau eines Verteilers für solche Ausarbeitungen. Eigene Ausarbeitungen durch die Fachtagung zum Stoff des Gegenstandskataloges.

5.Unterstützung der kriminalsierten Fachschaften aufbauen! - Zur finanziellen Stützung dieser Fachschaften werden im Auftrag der FT die Prüfungsfragen gedruckt, der Reinerlös geht an die Fachschaften.Politische und finanzielle Unterstützung der FS in den Bundesländern, wo die Fachschaften beteiligt sind und die Arbeit der FS illegalisiert wird, Unterstützung beim Aufbau von Fachschaft - vertretungen mit politischen und imperativem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit.

6. Die Fachtagung führt eine Podiumsdiskussion mit Vertretern des Gesundheitsministeriums, der Ärzte und Gewerkschaften über die neuesten Pläne im Gesundheitswesen und der Ausbildung durch, dort müssen die von uns erhobenen Forderungen vertreten werden.

7. Die FT unterstützt die auf dem Medizinerkongress in Göttingen gebildeten Arbeitsgruppen über die Sonderforschungsbereiche in den Fächern Psychiatrie/Psychosomatik und Krebsforschung/Immunologie und beschließt zu diesen Themen Broschüren herauszugeben, die von den Arbeitsgruppen erstellt werden.

(B)

Zur Stärkung der Studentenbewegung an den Fachbereichen, zur Überwindung ihrer Zersplitterung, zur Stärkung der Fachschaften und der Fachtagung in einheitlichen Schritten gegen die Regierung, beschließt die Fachtagung Medizin:

1. Um die zahlreichen Kämpfe, die die Studenten im Praktischen Jahr allerorts führen zusammenzufassen, um ihre Kraft voll zur Entfaltung zu bringen und sie zu richten gegen die Klinikdirektoren und Dekanate und gegen die Regierung, die plant, das Praktische Jahr auszudehnen, ruft die Fachtagung dazu auf, in allen Städten Vollversammlungen der PJ'ler durchzuführen und dort für alle Kliniken PJ-Sprecher zu wählen. Auf diesen Vollversammlungen sollen die PJ'ler beraten und beschließen über Aktionen zur Durchsetzung der Forderungen an den einzelnen Kliniken und der Forderungen:

- Keine Verlängerung des PJ
- Keine zusätzliche unbezahlte und rechtlose Arbeit im Krankenhaus, sei es in Form von Pflichtassistenten, MA-Zeit nach dem PJ o.ä.!
- Verbot der Nacht- und Wochenenddienste!
- Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr, der beinhaltet:
  - z.Z. 700 DM im Monat und die üblichen Sozialleistungen
  - Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung einschließlich Streikrecht
  - Vertretung durch den Personalrat
  - Ausreichende materielle und personelle Ausstattung der Ausbildungsstätte

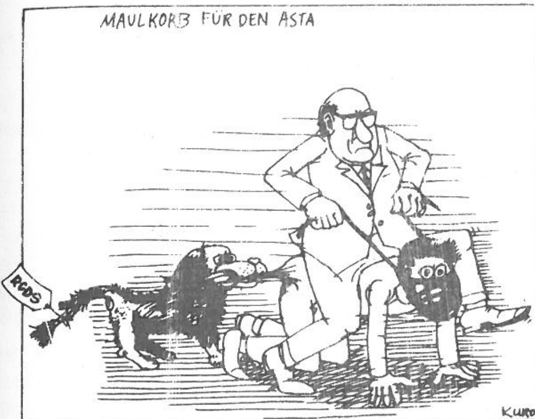
Am 15.11. erscheint ein bundesweites PJ-info, das Untersuchungen über die Arbeitsbedingungen an den Kliniken, die Auswertung der Fragebogenaktion bei den zentralen Prüfungen, Berichte aus den einzelnen Krankenhäusern und die Forderungen enthält.
Die Fachtagung leitet leitet eine Kampagne ein zur Aufnahme aller PJ'ler in die ÖTV! Die einzelnen Fachschaften nehmen zu diesem Zweck Verhandlungen mit den jeweiligen Kreisvorständen auf, das Sekretaiat mit dem Bundesvorstand.Zur Unterstützung des Kampfes der PJ'ler gibt die Fachtagung ein Plakat mit den Forderungen heraus.

2. An den Fachbereichen, wo mit Semesterbeginn zahlreiche Auseinandersetzungen in den einzelnen Kursen aufgebrochen sind und wo mit den Professoren über die Praktikums- und Scheinbedingungen verhandelt wird, ruft die Fachtagung auf, vollversammlungen an allen Fachbereichen durchzuführen bis zum 30.11.. Auf diesen Vollversammlungen soll der Kampf der PJ-Studenten behandelt werden sowie die Zusammenfassung der Auseinandersetzungen und Aktionsprogramme an den einzelnen Fachbereichen unter den Forderungen:

- Stoffbegrenzung!
- Vertragliche Regelung über: 100 DM mehr für alle Bafögbezieher und 1500 Elternfreibetrag



- Lernmittelfreiheit und Rückzahlung aller Ersatzgelder!
- Volles Koalitions- und Streikrecht für die Studenten!
- Rücknahme der AO-Novelle!
- Keine Regelstudienzeit, Keine Zwangsexmatrikulationen!
- Ersatzlose Streichung des Ordnungsrechts!
- Gesetzliche Anerkennung der Organe der Verfassten Studentenschaft mit politischem und imperativem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit!



Von diesen Vollversammlungen aus sollen Briefe an die Dekane und Regierungen verschieckt werden, die die Forderungen der Studenten bekräftigen und Verhandlungen darüber verlangen.

Die planmäßige Überfüllung der Medizinischen Fachbereiche (Zulassungszahlen teilweise um 100 % gesteigert) ohne ausreichenden Ausbau der Kapazitäten, wird dazu genutzt, die Konkurrenz unter den Studenten um die Plätze in den Praktika zu schüren. Darüber soll ein innerer NC durchgesetzt werden. Da die praktische Ausbildung in den Kursen nicht gewährleistet ist, werden die Studenten gezwungen, vom "Angebot an zusätzlicher freiwilliger praktischer Tätigkeit" gebrauch zu machen.
Zumindest von NRW ist bekannt, daß die Erstsemster von der ZVS nur noch Zulassungen für die Vorklinik erhalten.
Die VDS FT fordert dazu auf, folgende Forderungen an den Fachbereichen zu erheben:

- Zulassung zum Studium für Vorklinik und Klinik !
- Sofortige Übernahme aller Vorkliniker in die Klinik ohne Ortswechsel!

3.) Mit den zentralen Prüfungen hat sich der Staat ein zentrales Unterdrückungs-, Siebe- und Kontrollmittel gegen die Medizinstudenten geschaffen, das funktioniert über maßlose Stoffülle in den Gegenstandskatalogen, über Punktebenotung und Verschärfung der Bestehensregel auf 60 %.

Diese zentralen Prüfungen, die jeder Professor heranzieht, um damit zu begründen, daß er den Stoff nicht begrenzen kann, da er sowieso nur einen Bruchteil des Gegenstandskataloges lehren kann, die die Medizinstudenten zu maßloser Paukerei in den Semesterferien und im Semester nötigen, die ihnen nichts nutzen für ihre spätere Tätigkeit als Arzt und nicht die handwerklichen Fähigkeiten vermitteln, die dafür benötigt werden, sondern diese behindern, müssen aufgehoben werden.
- Aufhebung der Zentralen Prüfungen!
- Geprüft werden darf nur das, was in den Kursen gelehrt wurde!

Unter diesen Forderungen leitet die Fachtagung eine Kampagne gegen die zentralen Prüfungen ein. Diese Forderungen sollen ebenfalls auf den Vollversammlungen diskutiert werden, um darüber in den Lehrveranstaltungen die Auseinandersetzung führen zu können. Die FT fordert auf, auf den VV's Schritte zu diskutieren zur Durchsetzung dieser Forderungen.

4.) Die Fachtagung gibt zur Vorbereitung der Vollversammlungen ein bundesweites Med-Info heraus mit Untersuchungen zu den zentralen Prüfungen, mit den Auswertungen der Untersuchungen, die bei den zentralen Prüfungen durchgeführt wurden, mit Berichten über die Lage und die Auseinandersetzungen an den einzelnen Fachbereichen und im Praktischen Jahr und mit Untersuchungen der Studienreformpläne der Regierung. Das Info erscheint am 20.11.78.



5.) Die nächste Fachtagung findet am 2.12. in Giessen statt. Dort werden die Ergebnisse der Vollversammlungen zusammengefaßt und weitere Schritte beraten und festgelegt.

Stirbt Freiheit zentimeterweise oder paragraphenweise ?

Auszug aus den Gesetzlichen Maßnahmen zur Inneren Sicherheit

1968 Verabschiedung der Notstandsgesetze; Strafbarkeit der "verfassungsfeindlichenEinwirkung auf die Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane" ; Bildung von besonderen Gerichten für bestimmte politische Strafverfahren (Staatsschutzkammern) ;gesetzliche Regelung der Post- und Fernmeldeüberwachung.

1969 Einrichtung von Sonderkommandos des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamts gegen den"ausländischen Terror und Staatsschutzdelikte"

1970 Aufbau des Datenspeicherungssystems Nadis für Geheimdienste ,Bundeskriminalamt und die Politische Polizei.

1972 Bundeskanzler und Ministerpräsident beschließen den Radikalenerlaß.

1972 Bundes- und Landesinnenminister beschließen das Programm für die "Innere Sicherheit in der BRD 1.Teil"--vorgesehen sind unter anderem verstärkte Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden und ungeheuer großer finanzieller und personeller Ausbau.

1972 Einrichtung des polizeilichen Datenverbundes INPOL.

1973 Durch das Bundeskriminalamt -Gesetz erhält das BKA die Funktion einer Zentralstelle der bundesdeutschen Kriminalpolizei.

1974 Feb. Der 2.Teil des "Programms für die Innere Sicherheit" sieht unter anderem vor : stärkere Polizeibewaffnung und die Schaffung einheitlicher Polizeigesetze in den Bundesländern.

1974 Dez. Das sogenannte "Baader-Meinhof-Gesetz" regelt unter anderem das Verbot GEMEINSCHAFTLICHER VERTEIDIGUNG, Beschränkung der Zahl der Verteidiger, Ermöglichung des VERTEIDIGERAUSSCHLUSSES , Durchführung der Verfahren ohne die Angeklagten.

1976 Durch das 14.Strafrechtsänderungsgesetz wird der § 88a eingeführt -- "die verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten".

1976 Sept. Das 15.Strafrechtsänderungsgesetz regelt u.a. die Einführung des §129a - " Bildung einer terroristischen Vereinigung";hierdurch gleichzeitig neuer Haftgrund : Vorbeugehaftmöglichkeit beim Verdacht der Beteiligung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ; Erweiterung der VERTEIDIGERAUSSCHLUSSMÖGLICHKEITEN, UEBERWACHUNG DES SCHRIFTVERKEHRS DER VERTEIDIGER!

1977 Das BUNDESDATENSCHUTZGESETZ schafft überhaupt erst eine gesetzliche Grundlage für eine umfassende Speicherung von Daten.

1977 Das"Kontaktsperregesetz" ermöglicht die totale Isolation von Gefangenen bei "gegenwärtigen Gefahren für Leben , Leib oder Gesundheit einer Person".

1978 Das Razziengesetz regelt u.a. die Einrichtung von Kontrollstellen , Haftmöglichkeitzwecks Identitätsfeststellung , Durchsuchungsrecht für Gebäude.

1978 juni Einführung von Trennscheiben bei Gesprächen zwischen Gefangenen und Verteidigern (für Beschuldigte aus der sog. Terrorszene).

1978 Einführung von Kontaktbereichsbeamten der Polizei (in Berlin und anderswo schon realisiert).

1978 Ausrüstung der Polizei mit der CHEMISCHEN KEULE , die ein KREBSERREGENDES GIFTGAS enthält.

Änderung des Strafverfahrensrechts durch Sraffung der Prozesse , Einschränkung der Verteidigerrechte und noch weitere Verteidigerausschlußmöglichkeiten.

Durch eine Änderung des Versammlungsrechts erfolgt eine Verbot von "Passiver Bewaffnung"bei Demos und eine schärfere Bestrafung von"Landsfriedensbruch."

Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz - regelt u.a. Abnahme von Fingerabdrücken zur Verhütung Straftaten,umfassende Rechte der Polizei zur Identitätsfeststellung und Durchsuchung aller Personen und mitgeführten Sachen , bestimmte Wohnungen dürfen zum Zwecke der Gefahrenabwehr jederzeit betreten werden , gezielter Todesschuß selbst gegen K I N D E R, Maschinengewehreinsatz gegen Menschenmengen.

geplant Einführung einer Personenkennziffer, was einen noch hemmungsloseren Datenaustausch ermöglicht; nach dem neuen Meldegesetz dürfen über Z W E I H U N D E R T (200) personenbezogene Daten gespeichert werden. Identitätsüberprüfungspflicht für Hotels.

geplant Zuatändigkeit des Bundesgerichtshofes bei sog. Terroristenprozessen -- gegen das erstinstanzliche Urteil ist dann keinerlei Rechtsmittel mehr möglich.

(aus Hagener Volksblatt Nr.6/78)



Kleinanzeigen

GUST-news: Die GUST gibt hiermit bekannt, daß sie nächste Woche den Stadtplan von Lübeck gegen einen Stadtplan von Hamburg auf ihrem "Schwarzen" Brett austauschen wird. Auch der RCDS beteiligt sich mit einem Stadtplan aus MÜNCHEN an dieser Aktion. Der AStA ist sich zur Zeit noch nicht einig ob er einen Stadtplan aus Moskau, Peking oder Tirana aufhängen soll.

AStA vermietet Turmzimmer Nähe Mensa (5m entfernt), 140.- DM, mit Rundbett, fließend kalt und sehr kaltem Wasser. Mit 2 Personen kann die Bude auf ca. 20° geheizt werden.

AStA-Taxi: Sebastian Stierl, seines Zeichens Funktionär, und immer noch im Besitz einer Zufahrtsgenehmigung, wird zukünftig ab 11.45 Studenten und andere Hochschulangehörige alle 5 min zur Mensa bringen, um der Genehmigung und seinem ständigen Herumfahren auf dem Gelände endlich einen Sinn zu geben. Interessenten wenden sich bitte an Sebastian.



Gott sei Dank – es entwickelt sich normal.

Politiken, Kopenhagen

Selbstverwaltetes Frauenhaus in Lübeck !

"Frauen, die verprügelt werden, haben selbst schuld"........
solche Ansichten sind weit verbreitet unter Leuten, die sich mit dem Problem Gewalt gegen Frauen noch nicht beschäftigt haben. Die Frauen des Vereins "Frauen helfen Frauen" e.V. sehen das anders. Vor 1 1/2 Jahren starteten wir als "Frauenhausinitiative" das Projekt für ein selbstverwaltetes Frauenhaus und seit Juli gibt es in der Innenstadt ein Frauenhaus, in dem alle Frauen und Kinder vor gewalttätigen Männern Schutz suchen können.
Das Haus wurde von uns angemietet und in völliger Eigeninitiative (mit Hilfe von Spenden) renoviert und eingerichtet.
Seitdem das Haus zum Überquellen voll ist, (zur Zeit wohnen dort z.B. 8 Frauen mit 15 Kindern) und damit genügend Beweise geliefert wurden, daß so ein Haus auch in Lübeck notwendig ist, werden wir finanziell von der Stadt unterstützt:
Das Sozialamt zahlt für jede Frau, die Sozialhilfeempfängerin ist, einen bestimmten Satz, aus dem wir dann die laufenden Kosten bestreiten. Finanziell ein großes Problem bereiten uns die berufstätigen Frauen: Die Stadt verlangt, daß diese Frauen den vollen Tagessatz an uns bezahlen- das würde heißen, daß die verprügelten Frauen die Einrichtung so eines Hauses (Miete, Mitarbeiterinnen etc) zu tragen haben - sie hätten bei einer derartigen Regelung natürlich kein eigenes Geld übrig! Aus diesen Gründen liegen wir noch in Verhandlungen mit den Ämtern!

Die meiste Arbeit im Haus beruht auf Freiwilligkeit und wir brauchen noch Leute, die beim Renovieren, Kinder versorgen oder als freiwillige Mitarbeiterinnen im Haus aushelfen!
I m H a u s mit den betroffenen Frauen arbeiten nur Frauen; die Kinderversorgung und alle anderen Arbeiten werden von Frauen und Männern gemacht - es gibt allerdings bisher sehr wenig Männer, die das Projekt unterstützen!
Die Zeit seit Eröffnung des Hauses ist noch zu kurz, um definitive Aussagen über das Problem zu machen. Klar ist allerdings geworden, daß Gewalt gegen Frauen ein "übliches Mittel" der Auseinandersetzung ist und daß die betroffenen Frauen ohne Frauenhaus keine Möglichkeit haben, Schutz zu finden! Viele Frauen haben sich deshalb jahrelang verprügeln lassen.
Innerhalb unseres Vereins hat sich eine Gruppe gebildet, die eine wissenschaftliche Untersuchung zum Problem "Gewalt gegen Frauen" durchführen will.
Ein großes Problem ist für uns der Umgang mit den Kindern.
Studentinnen und Studenten, die mehr über uns wissen wollen oder mitarbeiten möchten, sollten entweder donnerstags um 20^{00} h im Frauenzentrum, Hüxstraße 69 im Alternativenhaus zu unserer Vereinssitzung kommen oder auch beim AStA nachfragen. Frauen, die Schutz suchen, erreichen uns Tag und Nacht unter 73 100 !

"Frauen helfen Frauen e.V."



Hamburg-Mannheimer
...die große Lebensversicherung

Versorgungsplan

Kapitalversicherung nach Tarif 14 mit Zusatzleistungen bei: Berufs- und Dienstunfähigkeit, Unfalltod, Unfallinvalidität und Wertzuwachs-Automatik (Automatische Erhöhung von Beitrag und Versicherungssumme)

Unsere Leistungen

Bei Berufsunfähigkeit ab 50% und Dienstunfähigkeit
- Keine Wartezeiten.
- Keine Beitragszahlung (das heißt: Wir zahlen für Sie die Beiträge)
- Eine monatliche Rente
- Prozent der Versicherungssumme bei Berufsunfähigkeit durch Krankheit 2% bei Berufsunfähigkeit durch Unfall 3%.

Diese monatliche Rente erhöht sich während der Berufsunfähigkeit jährlich durch die Leistungen aus der Überschußbeteiligung.

Für Sie von besonderem Vorteil ist die Berufsunfähigkeitsregelung bei diesem Versorgungsplan, denn sie unterscheidet sich positiv von der gesetzlichen Rentenversicherung.

Bei Vertragsablauf im Erlebensfall
- Die Versicherungssumme
- Die Überschußbeteiligung
- Die garantierte Rückgewähr der Beitragsteile, die für das Unfall- und Berufs- bzw. Dienstunfähigkeitsrisiko in den gezahlten Beitragen enthalten waren, wenn keine Leistungen wegen Berufs- bzw. Dienstunfähigkeit in Anspruch genommen wurden.

Bei nur vorubergehender Berufs- bzw. Dienstunfähigkeit erfolgt die Rückgewähr der entsprechenden Beitragsteile aus den Beiträgen, die nach Beendigung der letzten Berufs- bzw. Dienstunfähigkeit gezahlt wurden.

Im Todesfall
Ihre Hinterbliebenen erhalten – auch wenn vorher bereits Berufs- bzw. Dienstunfähigkeitsrenten gezahlt wurden – beim
- Tod durch Krankheit die Versicherungssumme und die Überschußbeteiligung,
- Tod durch Unfall die anderthalbfache Versicherungssumme und die Überschußbeteiligung

Einschluß einer Unfall-Invaliditätsversicherung
Wenn die Unfall-Invaliditätsversicherung eingeschlossen ist, erhalten Sie, wenn Sie durch einen Unfall Invalide werden, eine Kapitalleistung entsprechend dem Grad der dauernden Beeinträchtigung der Arbeitsunfähigkeit (Invalidität).

Berufsunfähigkeit liegt vor:

Wenn Sie durch ärztlicherseits nachweisbare Krankheit, Körperverletzung oder Kräfteverfall voraussichtlich dauernd außerstande sind, Ihren Beruf oder eine andere Tätigkeit auszuüben, die aufgrund Ihrer Ausbildung und Erfahrung ausgeübt werden kann und die Ihrer bisherigen Lebensstellung entspricht, oder wenn dieser Zustand mindestens ununterbrochen sechs Monate bereits bestanden hat und weiter andauert.
Anders als in der gesetzlichen Rentenversicherung sind somit für die Anerkennung einer Berufsunfähigkeit die vorgenannten Voraussetzungen entscheidend. Unabhangig davon, ob Sie noch eine andere berufliche Tätigkeit ausuben können und damit genausoviel verdienen wie vorher oder sogar mehr.
Tatigkeiten, die Ihrer bisherigen Lebensstellung nicht angemessen sind, brauchen Sie daher nicht aufzunehmen, auch wenn Sie sie aufgrund Ihrer Ausbildung und Erfahrung ausüben könnten. Wenn Sie dennoch aus eigenem Entschluß eine Tätigkeit aufnehmen, die Ihrer bisherigen Lebensstellung nicht entspricht, so wird die Gewährung oder Weitergewährung der Berufsunfähigkeitsleistungen dadurch nicht infrage gestellt.
Als Nachweis der Berufsunfähigkeit genugt auch der Rentenbescheid eines Sozialversicherungsträgers, wenn sich daraus die Berufsunfähigkeit ergibt.
Beamte im öffentlichen Dienst gelten mit dem Nachweis der Dienstunfähigkeit als berufsunfähig.

Die Wertzuwachs-Automatik

Damit Ihr Versorgungsschutz wertstabil bleibt und nicht durch den Kaufkraftschwund aufgezehrt wird, vereinbaren Sie zur Grundversicherung eine Anpassungsversicherung. Dann erhöhen sich der Beitrag und die Leistungen automatisch.
Maßgebend für die automatische Erhöhung der Versicherungssumme und der Rentenleistungen und die dafür erforderliche Beitragserhöhung ist der Prozentsatz, um den der Höchstbeitrag in der gesetzlichen Rentenversicherung steigt.

Ausgezeichnete Überschußbeteiligung

Die Kapitalversicherung nimmt selbstverständlich an den Überschüssen der Hamburg-Mannheimer teil. Am Ende eines Kalenderjahres – je nach Vertragsdauer erstmals im 3. oder 4. Versicherungsjahr – gewähren wir einen Überschußanteil, der zur Erhöhung der Versicherungssumme verwendet wird. Außerdem zahlen wir zusammen mit der Versicherungssumme sowohl bei Ablauf als auch im Todesfall einen Schlußgewinnanteil.

Bei Zahlung einer Berufs- oder Dienstunfähigkeitsrente werden zusätzliche Überschußanteile am Ende eines jeden Kalenderjahres gewährt und zur Erhöhung der Rente verwendet.

Man schafft's mit uns: Hamburg-Mannheimer*

Noch stehen Sie vor dem Examen. Doch bald haben Sie's geschafft. Und stehen voll im Berufsleben. Mit wenig Versicherungs-Schutz in den ersten Jahren. Im Extremfall sogar unversorgt. Hier fehlt Ihnen das Versorgungskonto der Hamburg-Mannheimer, das Ihnen besondere Vorteile bringt, wenn Sie sich jetzt entscheiden. Sprechen Sie deshalb gleich mit unserem Berater*. Damit Sie's mit Sicherheit schaffen – ohne „geschafft" zu werden.

* Wir haben die Spezialisten für den akademischen Nachwuchs.



Hamburg-Mannheimer

...die große Lebensversicherung

Organisation für Führungs- und Nachwuchskräfte „Die Brücke"

Informieren Sie mich über den Hamburg-Mannheimer-Versorgungsplan „Akademischer Nachwuchs"

Name

Anschrift

Walter Schreiber
Versorgung für Akademiker
Strandweg 2a. Tel. (04502/3866)
2400 HL-Travemünde-1